

Nach der Bundestagswahl 2009

Bündnisse gegen scharfe soziale Eingriffe werden einfacher

Interview Attac-Rundbrief 4/2009

Frauke Distelrath: Im Herbst des vergangenen Jahres haben nicht wenige uns gedacht, mit der Eskalation der Finanz und der dann folgenden Wirtschaftskrise habe das neoliberale Wirtschafts- beziehungsweise Gesellschaftmodell abgewirtschaftet. Jetzt hat ausgerechnet die FDP, die für eben dieses Modell in Reinform steht, bei der Bundestagswahl ein Rekordergebnis eingefahren. Gleichzeitig gibt es zum ersten Mal seit langem keine strukturelle linke Mehrheit mehr, also keine Mehrheit für SPD, Linkspartei und Grüne zusammen. Was ist passiert?

Werner Rätz: Ich halte das nicht für erstaunlich. In jeder Krise gibt eine Gruppe von Menschen, die der Meinung ist, sie könnten etwas gewinnen. Ob das realistisch ist, hat damit gar nichts zu tun. Viele bilden sich ein, Krisengewinner werden zu können, die es im Leben nicht schaffen. Es ist naheliegend, dass ein großer Teil dieser Menschen FDP wählt. Davon abgesehen, ist die Wahlbeteiligung deutlich zurückgegangen, so wahnsinnig viele absolute Stimmen hat die FDP gar nicht dazu gewonnen. Und wenn man die Erststimmen der CDU anschaut, wird deutlich, dass ein großer Teil von CDU-Wählern jetzt FDP gewählt hat, weil er der Überzeugung ist, dass eine deutlich neoliberale Politik gemacht werden muss. Ich halte einen anderen Punkt für bedeutsamer: Die CDU hat trotz Kanzlerinnenbonus verloren. Sie ist in ähnlichen Situation wie die SPD sei zehn Jahren und nicht mehr in der Lage eine Politik zu machen, die für ihre gesamte Klientel überzeugend ist. Große Teile ihrer Wählerbasis orientieren sich anders. Dieser Effekt wird in den nächsten vier Jahren zunehmen. Das halte ich für positive eine Entwicklung.

Steffen: Die große Koalition hat tendenziell in der Krise eine keynesianische Politik vertreten – mit der Folge, dass die FDP derzeit ein Monopol auf marktradikale Politik hat. Sie kann dadurch eine bestimmte Klientel auf sich vereinen, die sich vorher mehr auf FDP, CDU/CSU und SPD verstreut hat. Die linke strukturelle Mehrheit sehe ich ohnehin nicht, weil das unterstellt, dass die SPD in letzten Jahren linke Politik gemacht hätte beziehungsweise in ihrer Gesamtheit eine linke Partei ist. Das ist so nicht. Die rot-grüne Regierung war die Phase in Deutschland, in der der Neoliberalismus den Durchbruch geschafft hat. Insofern kann es zu einer linken parlamentarischen Mehrheit nur kommen, wenn die SPD sich komplett von Agenda 2010 löst, sich resozialdemokratisiert. Das ist nur in der Opposition möglich.

Frauke: Die Linkspartei hat also keine neuen gesellschaftlichen Schichten erschlossen, sondern das sind nur Ex-SPD-Wähler, die mit dem Kurs der SPD unzufrieden sind.

Werner: Ja. Es gibt keine Vergrößerung der linken Klientel in der Wählerschaft insgesamt. Das hat auch etwas damit zu tun, dass es auch bei der Linkspartei keine ernsthafte Alternative gibt. Sie bietet als Programm lediglich das an, was die Sozialdemokratie in der Hochzeit des Sozialstaats ausgemacht hat, also in den 60er und frühen 70er Jahren. Das ist kein Programm, das aus einer emanzipatorischen, fortschrittlichen Sicht heraus überzeugend ist. Ein Programm, das tatsächlich Antworten auf die Fragen einer Ära nach dem Neoliberalismus geben könnte, stand nicht zur Wahl, auch nicht bei den Linken. Die Alternativen für die wir einstehen, haben gar nicht zur Wahl gestanden. Da sind wir in letzten Jahren, ja Jahrzehnten nicht weitergekommen. Spätestens seit die Grünen zur Kriegspartei geworden sind, steht keine überzeugende Linke mehr zur Wahl.

Frauke: Ist das Window of Opportunity, also das Fenster der Möglichkeiten, von dem viele gedacht haben, dass es mit der Finanzkrise aufgegangen ist, schon wieder zu gegangen? Oder geht es erst noch auf?

Steffen: Ich glaube, das ist noch gar nicht aufgegangen. Was es gab und was sich tatsächlich jetzt wieder zu schließen scheint, war ein Window of Opportunity für eine neue Finanzmarktarchitektur. Da gab es von linker Seite in der Tat keine großen Würfe. Ein Window of Opportunity für wirtschaftspolitische und für gesellschaftliche Veränderungsprozesse kann sich erst öffnen, wenn die sozialen Folgen der Krise klarer werden und deutlich in der Gesellschaft ankommen. Das steht noch aus.

Werner: Das sehe ich so ähnlich.

Frauke: Was kommt mit Schwarz-Gelb nun auf uns zu?

Werner: Es ist schwer einzuschätzen, inwieweit eine hardcore neoliberale Politik für eine schwarz-gelbe Regierung möglich sein wird. Die FDP wird es verlangen, das ist klar. Auch die Wähler, die von der CDU zur FDP gegangen sind, stehen dafür. Die CDU steht aber vor dem Problem, dass sie im Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen vor Wahlen steht, die sie nicht gewinnen wird, wenn im Bund eine harte antisoziale Politik gemacht wird. Analysen, denen zu Folge das Zeitfenster, in dem eine harte neoliberale Politik möglich ist, zwischen Sommer 2010 und Sommer 2011 liegt, halte ich für nicht unwahrscheinlich. Andererseits muss die CDU zeigen, dass sie ohne SPD in der Lage ist, eine andere und das heißt radikaler liberale Politik zu machen. Die CDU hat ja verloren, trotz Kanzlerinnenbonus. Offenbar ist großer Teil ihrer Klientel unzufrieden mit der Politik der CDU. Was dabei in der Abwägung herauskommt, an welchen Stellen, in welchem Tempo Sozialabbau betrieben wird, welche Bevölkerungsgruppen am stärksten betroffen sein werden, das ist im Moment noch schwer einschätzbar. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die CDU das Problem das sie schon in den 90ern hatte, heute gelöst hat heute. Kohl hatte ja auch schon eine recht sozialdemokratische Politik gemacht, weil andere Bewegungsmöglichkeiten für ihn gar nicht gegeben waren, von seiner eigenen Klientel her. Ich bin nicht sicher, ob dieser Prozess nicht weitergehen wird, dass die CDU sich zerlegt, dass ihre Breite an Klientel so nicht mehr haltbar ist und dass auch auf der Rechten eine Differenzierung in mehrere Parteien stattfinden wird. Da fehlt dann noch ein drittes Angebot, wie es das auf der Linken gibt.

Steffen: Die Grundrichtung ist klar geworden. Auch am Wahlabend gingen alle Kommentare in diese Richtung: die Krise überwinden durch quantitatives Wachstum. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als eine Politik im Interesse der Konzerne – auf Kosten von ArbeitnehmerInnen, TransferempfängerInnen und der Umwelt. Über die Details und Radikalität dieser Richtung möchte ich nicht spekulieren. Aber ich stelle fest, dass es die FDP ist, die gestärkt in die Koalitionsverhandlungen geht. Und das verheißt nichts Gutes.

Frauke: Ich stelle mal meine These in den Raum: Es wird ein paar Steuersenkungen für den oberen Teil des Mittelschichtbauches geben, und dann – in ein bisschen zeitlichem Abstand – eine Mehrwertsteuererhöhung, die arme Menschen überproportional treffen wird. Ist das ein realistisches Szenario?

Werner: Ja, durchaus. Irgendwo an irgendeiner Stelle werden Steuersenkungen für die Regierung notwendig sein, das haben sie zu vollmundig versprochen. Gleichzeitig gibt es ein Finanzierungsproblem für die öffentlichen Haushalte. Selbst bei einem scharfen Sparkurs, einem starkem Sozialabbau, bleibt das Problem der öffentlichen Hand, so dass an anderer

Stelle Einnahmen steigen müssen. Deshalb ist es eine Umschichtung von Steuermitteln, die die eigene Klientel entlastet und andere belastet, gut vorstellbar.

Steffen: Die Idee des quantitativen Wachstums, das höhere Steuereinnahmen generieren soll, wird natürlich nicht funktionieren, ...

Werner: Davon gehe ich auch aus.

Steffen: ... sie hat noch nie funktioniert. Trotzdem wird es dieser Regierung besonders schwer fallen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, weil die FDP realistisch gegen eine Mehrwertsteuererhöhung steht. Deshalb wird der Kurs der Haushaltskonsolidierung mehr in die Richtung gehen, radikaler Ausgaben zu kürzen. Dass das mitunter nicht reicht, ist zu erwarten und deshalb ist es durchaus realistisch, dass es letztlich doch dort zu einer Steuererhöhung kommt, wo es die breiten Massen belastet.

Frauke: Was bedeutet das Wahlergebnis für die sozialen Bewegungen, insbesondere für Attac? Eine Schwächung? Oder eine Stärkung, weil die Fronten wieder klarer sind?

Werner. Ich sehe beides. Auf der einen Seite wird es dort, wo schärfere Eingriffe von der neuen Regierung geplant werden, einfacher werden, Bündnisse dagegen zu organisieren – im gewerkschaftlichen Bereich und im Bereich derjenigen Organisationen und Strömungen, die tendenziell rot-grün orientiert bleiben wie der ganze Sektor der entwicklungspolitischen Organisationen, wie ein großer Teil der Kirchen, die gegen jede politischen Realität an einer rot-grünen Option unter scharfer Abgrenzung von der Linkspartei festgehalten haben in den letzten zehn Jahren. Mit denen wird es einfacher, Bündnisse zu organisieren, jetzt da die SPD nicht mehr an der Regierung beteiligt ist. Gleichzeitig wird es aber bedeuten, dass Illusionen über einen möglichen Partner SPD oder aus dem Umfeld der SPD wieder stärker werden, was ich für hoch gefährlich halte. Die SPD ist inzwischen eine neoliberale Partei durch und durch. Es gibt höchstens eine taktische Bereitschaft, sich von einem Teil des Agenda-Personals zu trennen. Die SPD müsste nach wie vor von der sozialen Bewegung scharf als Gegner behandelt werden. Und das wird innerhalb der Bewegung schwieriger durchsetzbar sein als zu Zeiten, als die SPD in der Regierung war. Insofern sehe ich einerseits bessere Möglichkeiten, inhaltlich klarere Positionen zu vertreten als in der Vergangenheit, und gleichzeitig eine große Schwierigkeit, dies auch als klare Alternativen zu einem neoliberalen Kurs, egal von wem, zu artikulieren, weil die Illusionen über die SPD wieder stärker werden.

Steffen: Was der außerparlamentarischen Linken insbesondere in der letzten Zeit gefehlt hat, seit der Neoliberalismus totgesagt war, ist ja im Grunde genommen der gemeinsame Gegner. Den gemeinsamen Gegner hat man mit neuer Regierung wieder gefunden. Insofern kann ich mir schon vorstellen, dass die klaren Fronten, die man jetzt auch innerhalb des Parlaments zwischen Regierung und Opposition hat, auch für die außerparlamentarische Bewegung eine Chance darstellen, weil viele Akteure jetzt klarer oppositionell auftreten können. Unsicher bin ich mir, ob es um die SPD wirklich so düster aussieht oder ob die Oppositionszeit für die SPD nicht doch die Chance ist, sich zu wieder zu sozialdemokratisieren und somit perspektiv auch im parlamentarischen Bereich linke Bündnisse wieder möglich sind.

Frauke: Wir haben jetzt mehr als zehn Jahre gegen das neoliberale Politikmodell argumentiert und gekämpft, es hat sich selbst mit der Krise delegitimiert – und trotzdem hat sich offenbar ganz wenig verschoben. Ist das eine Situation, aus der heraus die sozialen Bewegungen genug Energie haben für die kommenden sozialen Auseinandersetzungen?

Steffen: Das wird die entscheidende Frage sein. Ich habe aber nie die These geteilt, dass wir den Neoliberalismus überwunden hätten. Wir hatten jetzt ein kurzes keynesianisches Intermezzo bei der Regierung, bei den Eliten, mit dem sie in Kurzfristperspektive auf die Krise reagiert haben. Dass aber in einem Alternativlosigkeitsdiskurs über sinkenden Einnahme, steigenden Ausgabe, die Schuldenbremse und so weiter ein gestärkter, mitunter radikalerer Neoliberalismus hervorgeht, daran zweifle ich wenig.

Werner: Ja.

Welche Themen sollen, müssen wir nun in den Vordergrund stellen?

Werner: Es wird definitiv ein Problem mit dem Arbeitsplätzen geben. Völlig unabhängig davon, ob Krise so ausgeht, dass es erst mal wieder eine Aufschwungphase gibt und der nächste Krisenausbruch um ein paar Jahre herausgeschoben wird oder nicht, wird ein Teil der jetzt in Kurzarbeit befindlichen Menschen in nächster Zeit entlassen werden. Darum wird es Auseinandersetzungen geben. Es wird ein Problem mit den staatlichen Finanzen geben: Die Schulden sind so gewachsen, dass jede Bundesregierung da in irgendeiner Weise reagieren muss. Und es wird Eingriffe im sozialen Bereich geben, weil das die einzige realistische Sparmöglichkeit aus Perspektive der Regierung ist – wobei nicht absehbar ist, wo und wie tief die Einschnitte sein werden. Diese drei Ebenen sind absehbar. Auf allen drei Ebenen sind die Antworten, die wir im vergangenen Jahr formuliert haben, nach wie vor richtig. Das Problem ist, dass wir es bisher wenig geschafft haben, unsere Positionen auch tatsächlich zum Teil der politischen Debatte in der breiten Öffentlichkeit zu machen. Unser Vorschlag zu versuchen, immer mehr Lebensbereiche den Kapitalkreisläufen zu entziehen und das Soziale unmittelbar aus dem gesellschaftlichen Reichtum zu sichern, statt das Geld erst mal in die Hände der großen Vermögensbesitzer und auf die Finanzmärkte kommen zu lassen, ist nicht Teil der gesellschaftlichen Debatte, zum Teil nicht einmal bei unseren Bündnispartnern. Dass Regulierung zwar dringend notwendig ist, bei Weitem aber nicht ausreicht, sondern wir in großem Umfang den Finanzmärkten das Geld entziehen und in den sozialen Bereich stecken müssen – dass diese Forderung Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wird, daran werden wir hart arbeiten müssen.

Steffen: Eine weitere sehr wichtige Dimension wird die ökologische sein. In dieser Dimension ist das Wahlergebnis ein enormer Rückschritt. Das quantitative Wachstumsmodell wird enorm fokussiert werden. Und das bedeutet, dass die ökologischen Kapazitäten an ihre Grenzen stoßen werden. Ähnliches gilt für ein zu erwartendes Aufweichen des Atom-Ausstiegs-Konsens. Insofern wird das ökologische Profil von Attac künftig eine wichtige Rolle spielen.

Frauke: Provokativ zusammengefasst: Soziales, eher in nationalstaatlichen Rahmen gesehen und Ökologie sind aus eurer Sicht die Attac-Themen der Zukunft?

Werner: Ich sehe das Soziale überhaupt nicht im nationalstaatlichen Rahmen. Für die allerwichtigste Herausforderung überhaupt auf der sozialen Ebene halte ich die Forderung nach einem Mindesteinkommen gegen Hunger, auch Nahrungsmittelgrundeinkommen genannt. Ernsthafte Umverteilungsmaßnahmen von Nord nach Süd – mindestens zur Beseitigung des Hungers – halte ich für den allerersten notwendigen Schritt, wichtiger noch als Schritte im nationalen Rahmen.

Frauke: Wo seht ihr mögliche Bündnispartner für die kommenden Auseinandersetzungen um die von euch genannten Themen? Hoffen wir weiter auf die Gewerkschaften?

Steffen: Unter anderem, ja. Es geht jetzt wirklich darum, ein breites zivilgesellschaftliches Protestbündnis zu organisieren. Schwarz-gelb ist eine Regierung, gegen die das möglich ist, weil die politische Linke wieder gemeinsame Gegner hat. Nur mit einem wirklich breiten gesellschaftlichen Protestbündnis – dazu gehören natürlich auch Gewerkschaften – wird es möglich sein, starken Druck auf die Regierung auszuüben.

Werner: Unsere bündnispolitische Situation wird sich erst mal nicht deutlich verändern. Es sind im Prinzip dieselben Partner, mit denen wir in der Vergangenheit versucht haben zusammenzuarbeiten, die sich teilweise geziert und schwer getan haben. Einige werden es in Zukunft leichter haben, aber im Prinzip bleibt es erst mal dabei. Wir behalten aber auch das Problem, das wir im vergangenen Jahr gehabt haben. Ich habe selten erlebt, dass man sich so intensiv bemüht hat, bestimmte Bündnisse zum Laufen zu bringen und so wenig konkret dabei herausgekommen ist wie in der Auseinandersetzung mit der Krise und der Politik der Eliten in der Krise. Wir haben im letzten Jahr deutlich erlebt, dass die vorhandenen Akteure nicht in der Lage sind, eine Bewegung zu initiieren, die tatsächlich angemessen auf die Krise reagiert und in der Lage wäre, eine Bundesregierung zu beeinflussen und zu etwas zu zwingen. Diese Bewegung ist nicht in Sicht. Dieses Problem werden wir behalten. Wir werden darauf angewiesen sein, dass gesellschaftliche Sektoren sich völlig neu in Bewegung setzen, die das bisher nicht getan haben. Aber so etwas kann man nicht einfach organisieren. Das ist eine Frage von gesellschaftlichen Entwicklungen. Mit den bisherigen Bündnispartnern allein werden wir nicht die Kraft entfalten, die Regierung zu etwas zwingen, was wir für wichtig halten.

Frauke: An welche gesellschaftlichen Sektoren denkst du?

Werner: Bewegung lässt sich nicht wirklich voraussagen. Es gibt in puncto Bildung hoffnungsvolle Ansätze, die Jugendlichen, die sich in den letzten Monaten in Bewegung gesetzt haben. Wenn es zu einer starken Reduktion der Angebote an sozialer Infrastruktur auf kommunaler Ebene kommt, könnte sich auch da was tun. Da sind die Menschen nahe genug dran und kennen sich gegenseitig. Vielleicht passiert es auch ganz anderer Stelle. Möglich ist aber auch, dass wir noch ein paar Jahre weiter zeitweilig auf der Stelle treten. Da muss man dann Kraft und Geduld haben. Irgendwann bewegen sich die Dinge auch wieder, nie bleiben sie auf Dauer starr und unbeweglich.

Steffen: Es gibt neue Möglichkeiten, dass es zu gesellschaftlicher Bewegung kommt, wenn sich die Krise härter auf den Arbeitsmarkt und den sozialen Bereich niederschlägt, weil gerade in Deutschland mit Arbeitslosigkeit enorm schnell und enorm intensiv Armut einhergeht. Wir bewegen uns zu auf eine Situation, in der die Armut drastisch steigt. Das kann bedeuten, dass es zu einer umfassenden gesellschaftlichen Bewegung kommt. Und das kann bedeuten, dass es zu einer umfassenden Frustration von ausgeschlossenen, von Armut betroffenen Menschen kommt. In welche der beiden Richtungen es geht, das wird ganz entscheidend sein.

Frauke: Was ist mit denen, die selbst gar nicht in erster Linie von der Krise betroffen sind, die aber möglicherweise an einem ethischen Wickel zu packen sind? Also jenes bürgerliche

Spektrum, das in den 80ern in der Friedens- und Umweltbewegung aktiv war plus das Spektrum, das man heute als Lohas (Lifestyle of Health and Sustainability) bezeichnet.

Werner: Ich kann es mir vorstellen. Aber ich würde sehr zurückhaltend sein in der Erwartung. Grundsätzlich ist es so, dass die CDU bisher eine Klientel bindet, die an ihrem linken Rand durchaus teilweise anschlussfähig an unsere Positionen ist. Wenn die CDU sich intern zerlegt, halte ich es nicht für ausgeschlossen, dass dann bei einem kleinen Teil ihrer Klientel Radikalisierungsprozesse in Richtung sozialer Bewegungen stattfinden können. Meine Hoffnung ist da aber nicht sehr groß.